

# Correspondent

Erscheint

für

Alle Postanstalten  
nehmen Bestellungen an.

Mittwoch, Donnerstag,  
Sonntag.  
Jährlich 150 Nummern.

## Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Preis  
vierteljährlich eine Mark.

35. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 10. Juni 1897.

№ 64.

### Auszug aus dem Protokoll

der Gauvorfescher-Konferenz am 27. u. 28. Mai 1897 in Berlin.  
Erster Tag. Eröffnung 9<sup>1/2</sup> Uhr vormittags. Anwesend sind für den Gau Bayern: Josef Seitz aus München (zugleich Gehilfenvertreter für den 5. Tarifkreis); Gau Berlin: Albert Massini aus Berlin; Gau Dresden: Heinr. Wendische aus Dresden; Gau Erzgebirge-Bohland: C. W. Stoy aus Chemnitz; Gau Frankfurt-Hessen: E. Domine aus Frankfurt a. M. (zugleich Gehilfenvertreter für den 3. Tarifkreis); Gau Hamburg-Altona: Fr. E. Schulz aus Hamburg; Gau Hannover: Georg Klapproth aus Hannover (zugleich Gehilfenvertreter für den 1. Tarifkreis); Gau Mecklenburg-Lübeck: Fr. Bölder aus Schwerin in Meckl.; Gau Mittelrhein: Fr. W. Wenzel aus Ludwigshafen a. Rh.; Gau Nordwest: Herm. Rhein aus Bremen; Gau Oberrhein: Fr. Goldschagg aus Freiburg in Br.; Gau Oder: Kurt Kathusius aus Stettin; Gau Osterrhein: W. Ginius aus Königsberg i. Pr.; Gau Posen: G. E. Barisch aus Bromberg; Gau Rheinland-Westfalen: H. Bettenworth aus Essen (zugleich Gehilfenvertreter für den 2. Tarifkreis); Gau Saale: August Chemnitz aus Halle a. S.; Gau Schlesien: Herm. Schlag aus Breslau (zugleich Gehilfenvertreter für den 9. Tarifkreis); Gau Schleswig-Holstein: J. Chr. Heitsmann aus Flensburg; Gau Westpreußen: Herm. Lemde aus Danzig; Gau Württemberg: Karl Arie aus Stuttgart (zugleich Gehilfenvertreter für den 4. Tarifkreis). Ferner sind anwesend der Vertrauensmann für Leipzig, K. Eichler, der Gehilfenvertreter A. Raß aus Halle a. S. (für den 6. Tarifkreis), Herm. Raub aus Leipzig (für den 7. Tarifkreis) und L. H. Gieseke aus Berlin (für den 8. Tarifkreis), die Herren B. Schliebs und A. Wachs aus Berlin, der Redakteur des Corr. L. Reihäuser, der internationale Sekretär Fr. Siebenmann aus Bern sowie sämtliche Mitglieder des Vorstandes.

Nach einigen begrüßenden Worten des Vorsitzenden Böhm weist derselbe auf das umfangreiche Material hin, welches eine Zusammenberufung der Gauvorfescher nötig gemacht habe. Verschiedene wichtige Fragen, welche sich auf dem Programm nicht erledigen lassen, müßten besprochen werden, auch würde die Tariffrage einer eingehenden Beratung in der Hinsicht unterzogen werden müssen, wie der Tarif zu verallgemeinern und überall zur Durchführung zu bringen sei; ferner sei eine Aussprache und Stellungnahme der Vertreter der Gehilfenschaft nötig, ob sie mit der bisherigen Politik des Vorstandes einverstanden seien oder nicht, ebenso sollten die Vertreter die verschiedentlichen Angriffe, welche der Redakteur des Correspondenten in seiner Amtsführung ausgeübt gewesen, auf ihren Wert hin prüfen und dazu bestimmte Stellung nehmen; auch müßte der Standpunkt der Vertreter hier präzisiert werden, wie sie sich zu den Elementen ferner verhalten wollten, welche die Organisation fortgesetzt schädigen, in der schmutzigsten Weise klumpfen und gefasste Beschlüsse unmöglich zu machen suchen. — Hiernach wird zum ersten Punkte der Tagesordnung: Verallgemeinerung des Tarifs, übergegangen, wozu der Gehilfenvorsitzende im Tarif-Amt bemerkt, daß in dem leitenden Kreise der Prinzipalsorganisation die Absicht bestehe, die fernere Zugehörigkeit zum Deutschen Buchdrucker-Verein von der strikten Anerkennung des Tarifs abhängig zu machen. An Stelle des bisher geübten moralischen Zwanges zur Anerkennung des Tarifs werde jedenfalls die demnächst stattfindende Generalversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins sich mit dem Ausschusse der Mitglieder der Prinzipalsorganisation beschäftigen, welche bis zu einem bestimmten Termine den Tarif nicht eingeführt haben. Es sei leitens der Prinzipale anerkannt, daß die bisher auf tariflichem Gebiet erzielten Erfolge nur dem Bestehen der beiderseitigen Organisationen — des Verbandes der Deutschen Buchdrucker und des Deutschen Buchdrucker-Vereins — zu verdanken seien. — Wehe die Prinzipalsorganisation in der Weise vor, so trete auch an unsern Verband die Frage heran, ob er von einem zu bestimmenden Zeitpunkt ab noch solche Mitglieder in seinen Reihen dulden könne, die zu untarifmäßigen Bedingungen arbeiten. —

Hieran schließt sich eine lange Debatte, in welcher unter anderem das Bedauern ausgesprochen wird über die Art und Weise, wie jetzt bei Streiks verfahren, und über die Anforderungen, welche von Einzelnen an die Organisation gestellt werden, wenn sie für Aufrechterhaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen eintreten; ja einzelne Kollegen glauben nicht nötig zu haben, für ihre vitalsten Interessen und für den Tarif einzutreten, wenn sie nicht mindestens eine Unterstützung erhalten, die ihrem Verdienste gleich kommt. Dies müsse anders werden, denn die Erstrebung besserer Bezahlung und dadurch bedingter besserer Lebenshaltung liege im ureigensten Interesse jedes Kollegen, er handele also nicht dem Verbands zu Liebe, sondern nur im eigenen Interesse, wenn er für tarifmäßige Bezahlung eintritt. Des Weiteren sprechen sich die Redner dahin aus, daß, da wir ja i. B. verlangt haben, die Prinzipale sollten zeigen, daß es ihnen mit der Durchführung des Tarifs ernst ist, und nun dieselben von ihren Mitgliedern unter Androhung des Ausschlusses aus dem Deutschen Buchdrucker-Verein die Anerkennung des Tarifs verlangen, also unsere Voraussetzung erfüllen, wir ebenso energisch darauf bringen müßten, daß den Beschlüssen der verschiedenen Generalversammlungen und den statutarischen Bestimmungen in Bezug auf tarifmäßige Arbeitszeit und Entlohnung von unseren Mitgliedern nachgekommen wird. Einen Termin, bis zu welchem jedes Mitglied des Verbandes die tarifmäßige Arbeitszeit und Entlohnung zu erreichen hat, könne hierbei jedoch nicht festgelegt werden, weil die Verhältnisse in den einzelnen Orten verschieden, ebensowenig der Zeitpunkt, wo mit Aussicht auf Erfolg die Durchführung der tariflichen Bestimmungen verlangt werden kann. Es wird daher beschlossen, eine diesbezügliche Erklärung abzugeben und darin auszudrücken, daß der Verband der Deutschen Buchdrucker energisch und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln den Tarif zur Durchführung bringen wird. Bedauernd wurde hierbei noch hervorgehoben, daß die Bestimmungen des Verbandes in betreff Durchführung des Tarifs in vielen Fällen von den Gutenbergs-Bündlern durch ihr Arbeiten um jeden Preis illusorisch gemacht werde.

2. Kostenaufbringung für das Tarif-Amt pro Geschäftsjahr 1897/98. Durch die im Geschäftsjahr 1896/97 gehaltenen Einrichtungen sowie ganz bedeutenden Druckkosten für Tarife, diverse Plakate, Zirkulare an Prinzipale und Gehilfen, Versand der Aufklärungsartikel, Eingabe an die Behörden usw. ist die im vorigen Jahre beiderseits eingeschlossene Summe bis auf einige hundert Mark aufgebraucht worden, infolgedessen ist eine Erneuerung des Fonds nötig. — Es wird beschlossen, aus der Verbandskasse einen Beitrag von 10 Mkg. pro Mitglied an das Tarif-Amt abzuführen.

Betreffs Deckung der Porto- und Druckkosten der einzelnen Gehilfenvertreter liegen drei Vorschläge vor: 1. sollen die an sich geringen Kosten von dem betreffenden Gau getragen werden resp. gehören zu dem Tarifkreise 2 und 3 Gau, so seien die Kosten unter diese zu reparieren; 2. soll die Allgemeinheit, d. h. das Tarif-Amt, die Kosten decken; 3. dieselben sind auf die Verbandskasse zu übernehmen. — In der sich hierüber entwickelnden kurzen Debatte sprechen sich die Redner hauptsächlich gegen den zweiten Vorschlag aus, daß die Allgemeinheit die den Gehilfenvertretern entstehenden Kosten decken solle. Fände dieser Vorschlag Zustimmung, dann würden event. auch die Prinzipale, welche doch zu den Kosten beitragen müßten, verlangen können, daß ihnen eine Kontrolle der Thätigkeit der Gehilfenvertreter zugesprochen werde. Gegen eine derartige Einmischung der Prinzipale in unsere Angelegenheiten hätten wir uns aber sonst immer verwahrt und müßten dies auch heute thun, da dieselbe nicht in unserm Interesse liegen könne; infolgedessen sei es besser, die den Gehilfenvertretern entstehenden Kosten würden von der Verbandskasse getragen. — Es wird beschlossen, daß die Druckkosten (für Zirkulare, Wahlzettel usw.) der Gehilfenvertreter von der Verbandskasse zu decken sind.

3. Aufhebung der Ortszuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung. Der Vorsitzende führte hierzu aus, daß der Vorstand auf dem Standpunkte stehe, der nächsten Generalversammlung zu empfehlen, die in den einzelnen Orten zu der Arbeitslosenunter-

stützung geleisteten Zuschüsse wegzulassen, den bisher zu diesem Zwecke gezahlten Beitrag der Zentralkasse zuzuführen und dann aus dieser eine entsprechend höhere Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Durch die jetzt bestehenden Zuschüssen mit ihrer 26- bis 52wöchentlichen Karenz seien diejenigen Kollegen, welche nur vorübergehend am Orte konditionieren, geschädigt, denn sie würden für die Kasse wohl tributpflichtig gemacht, ohne aber etwas aus derselben begeben zu können. Diese Ungerechtigkeiten müßten aus der Welt geschafft und wieder das eingeführt werden, daß jeder Kollege, gleichviel an welchem Ort er sich befindet, dieselbe Arbeitslosenunterstützung erhält. Redner ersuchte die Vertreter, diese hier angeregte Frage in ihren Kreisen zu ventilieren und dazu Stellung zu nehmen; die nächste Generalversammlung möge sich dann darüber schlüssig werden. — Vorstehende Anregung fand fast allseitige Zustimmung.

4. Agitation. Ueber diesen Punkt der Tagesordnung entspann sich wieder eine längere Debatte, in welcher u. a. ausgeführt wurde, daß die Agitation sich nicht schematisieren lasse; durch die Verhältnisse bedingt seien ja in letzter Zeit weniger Agitationsversammlungen abgehalten worden als sonst; trotzdem werde bei uns immer noch mehr als in anderen Vereinen agitiert. Unser hauptsächlichstes Agitationsmittel, der Corr., erscheine dreimal wöchentlich, ferner sei die fortgesetzte Agitation durch die Orts-, Bezirks- und Gauvorstände vorhanden, auch wirkten die regelmäßig stattfindenden Bezirks- und Gautage im agitatorischen Sinne. Daß viel in Agitation geschehen und zwar hauptsächlich durch die Klein-Arbeit der Orts- und Bezirksvorstände, welche nicht an die große Glocke gehängt werde, sei doch schon dadurch bewiesen, daß trotz der Diskretion und der Zwiffigkeiten innerhalb des Verbandes die Mitgliederzahl fortgesetzt im Wachsen begriffen sei. Trotzdem müsse noch mehr gethan werden zur Aufklärung der noch abseits stehenden Kollegen und wäre ganz besonders darauf Wert zu legen, daß in kleineren Städten, wo Versammlungen abzuhalten zwecklos sei, die Agitation von Mund zu Mund mehr als bisher gepflegt werde. — Der Vorstand erklärt hierzu, daß er gewillt sei, die Agitation im weitgehendsten Maße und mit allen Kräften zu unterstützen, den Wünschen der Gauvorstände bezüglich der Agitation nachzukommen und die betreffenden Kosten auf die Verbandskasse zu übernehmen. Die Gauvorstände müßten sich also, wenn sie diesbezügliche Wünsche haben, mit dem Zentralvorstand in Verbindung setzen, damit eine planvolle Agitation entwickelt werden kann.

5. Maschinenmeister-Kongress. Seitens der Maschinenmeister ist beantragt worden, daß der Verband die Kosten für einen demnächst stattfindenden Maschinenmeister-Kongress übernehme, welchen dieselben behufs Besprechung und Abstellung von Missständen in ihren eigenen Reihen und um einen festern Zusammenschluß unter den Maschinenmeistern herbeizuführen, einberufen wollen. — Nachdem mehrere Redner hierzu ihre Meinung nach der Richtung ausgeprochen, daß die Bestrebungen der Maschinenmeister wohl zu unterstützen seien, wenn ihre Wünsche sich innerhalb des Rahmens des Verbandes bewegen, wird folgender Antrag angenommen: „Die versammelten Gauvorfescher erklären sich bereit, einen Beitrag zu dem Maschinenmeister-Kongress aus der Verbandskasse zu bewilligen. Die Höhe der Summe läßt sich jedoch erst dann bestimmen, wenn die Anzahl der Teilnehmer feststeht. Ferner: Der Kongress hat sich innerhalb der Verbandsorganisation zu bewegen und hat ein Mitglied des Zentralvorstandes und der Maschinenmeister Raub-Leipzig als Mitglied des Tarif-Ausschusses an dem Kongresse teilzunehmen.“

6. Sezmachinfrage. Durch eine vom Vorstande vorgenommene Umfrage über die Anzahl der in Deutschland in Thätigkeit befindlichen Sezmachinen hat sich ergeben, daß insgesamt 22 (darunter 5 veraltete Maschinen) Sezmachinen aufgestellt, wovon jedoch schon einige wieder der Fabrik zurückgeschickt sind, da dieselben nicht den gehegten Erwartungen entsprachen. — Da zu diesem Punkte viel Material vorliegt (auch der Entwurf eines Tarifs), so wurde zur Vorbereitung eine engere Kommission, bestehend aus den Kollegen Eichler, Arie, Massini, Reihäuser, Seitz und Wendische, gewählt. — Von der Aufstellung eines Sezmachinentarifs wird

vorläufig Abstand genommen, den Gehilfenvertretern jedoch empfohlen, bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen für Festlegung folgender Punkte einzutreten: 1. Als Operateure an den Sechsmaschinen sind nur gelernte Buchdrucker zu verwenden. 2. Ein Berechnen an der Maschine ist unstatthaft und hat die Entlohnung nur mit einem entsprechend höhern gewissen Gelde stattzufinden. 3. Die tägliche Arbeitszeit hat eine längere zu sein als die jeweilig übliche.

7. Besprechung über die innere Lage der Organisation, die Thätigkeit des Vorstandes und des Corr.-Redakteurs. Einleitend hierzu bemerkt der Vorsitzende, daß die auf der letzten Generalversammlung ausgesprochene Hoffnung, der Friede werde nun innerhalb der Organisation wieder eintreten, nachdem die Generalversammlung gegen die wüsten Cuertreibereien einiger Personen bestimmte Stellung genommen und die Wege vorgezeichnet, wie weiter im Interesse der Organisation zu arbeiten sei, habe sich leider nicht erfüllt. Bis her seien die Beschlüsse unserer obersten Instanz, der Generalversammlung, maßgebend und bindend für jedes Mitglied gewesen, jetzt hätten sich aber einige wenige Personen an die Stellungnahme der Generalversammlung nicht gehalten und wäre nun mit Bekämpfung der Bestrebungen der Organisation und der Funktionäre, welche die Beschlüsse pflichtgemäß auszuführen hätten, erst recht angefangen worden. Redner verbreitet sich dann über die neuesten Vorkommnisse, schildert das gemeinschädliche Treiben der Opposition an der Hand von Zitaten aus der Wacht und aus Berichten von Ortsvereinsversammlungen, wo ein bis zwei Oppositionelle ein Arbeiten im Interesse der Organisation verbindlich hätten, und ersucht die Vertreter, gegen diese bewußten Schädiger des Verbandes bestimmte Stellung zu nehmen. Desgleichen ersucht er die Vertreter, die gegen den Redakteur — welcher in schwerer Zeit die Redaktion übernommen und während dieser Zeit voll und ganz seine Pflicht gethan habe — vorgebrachten Beschwerden auf ihren wahren Wert hin eingehend zu prüfen und auch hier Klarheit zu schaffen. — In der sehr langen Debatte wird von sämtlichen Rednern das der Organisation schädigende Treiben der Opposition auf das strengste verurteilt und stellen sich betreffs der vorgenommenen Ausschüsse die Vertreter beinahe einmütig auf den Standpunkt, daß die Betreffenden die unbedingt nötig gewordene Maßnahme des Vorstandes durch ihre Handlungen förmlich provoziert, also den Ausschluß sich selbst zuzuschreiben haben; auch fand die Kampfweise des Herrn Gschä einmütig die schärfste Verurteilung. Ferner, daß, wenn der Vorstand die Ausschüsse nicht sofort vollzogen, er sich eine grobe Pflichtverletzung hätte zu schulden kommen lassen, da derartige bewußte Schädiger der Organisation nicht in derselben geduldet werden können. Des weitern wird betont, daß, sollte die Opposition auf dem zu Pfingsten stattfindenden „Kongress“ etwas beschließen, was sich gegen die Interessen des Verbandes und dessen Statut richtet, der Vorstand im Einverständnis mit den Gauvorständen sofort dagegen energische Maßregeln zu ergreifen habe, denn wer nicht mit uns ist, ist wider uns. — Gegen die Redaktionsführung des Herrn Kerschauer haben die Vertreter — mit Ausnahme einiger weniger Beschwerden, welche sich nach der durch den Redakteur gegebenen Aufklärung als belanglos erwiesen — nichts einzunehmen. Zum Schluß wird folgende Resolution von sämtlichen Anwesenden gegen eine Stimme angenommen:

„Die in Berlin am 27. Mai 1897 versammelten Gauvorsteher und Gehilfenvertreter sind mit der Thätigkeit des Zentralvorstandes und der Corr.-Redaktion einverstanden und stellen sich auf den Standpunkt, daß alle Maßnahmen, welche von der Leipziger Oppositionsführung ausgehen, nur den Zweck verfolgen, die Organisation zu bekämpfen und deren Beschlüsse illusorisch zu machen. Demgegenüber erklären sich die anwesenden Vertreter bereit, mit allen naturlichen Mitteln diesem schädigenden Treiben entgegenzutreten.“

Ferner erklären dieselben die Frage der Zurücknahme der Ausschüsse in Anbetracht des Vorgehens der Leipziger Oppositionsführung in den letzten Wochen gegenwärtig für nicht diskutierbar.“

Nach Erledigung einiger interner Verwaltungssachen wird die weitere Verhandlung auf Freitag, den 28. Mai, vertagt.

Schluß 1/10 Uhr abends.

Zweiter Tag. Eröffnung der Sitzung 9 1/2 Uhr vormittags.

Durch die gleichzeitig stattfindende Tagung des Tarif-Ausschusses sind die Gehilfenvertreter verhindert, der Vormittags-Sitzung beizuwohnen zu können.

8. Betreffs Schließung von Druckereien sprechen sich die Vertreter dahin aus, daß Schließungen von Druckereien soviel als möglich zu vermeiden seien, da sich hierbei bedeutende Mißstände herausgestellt hätten. Als Grundtag habe zu gelten, daß unsere Mitglieder sich tarifmäßiger Arbeitszeit und Entlohnung zu versichern hätten. Ist die Schließung einer Druckerei aber durch die Verhältnisse unbedingt geboten, so sei dieselbe nicht durch den betreffenden Orts- oder Bezirksvorstand, sondern durch den Gauvorstand zu vollziehen, welcher sich hierzu vorher nach genauer Darlegung der ganzen Sachlage der Zustimmung des Zentralvorstandes zu versichern hat.

9. Wiederaufnahme vom Militär entlassener Mitglieder. Da es in letzter Zeit häufiger vorgekommen, daß vom Militär als Invalide entlassene Mitglieder

wieder aufgenommen wurden, ohne daß durch eine ärztliche Untersuchung festgestellt worden wäre, ob dieselben wegen ihres sich beim Militär zugezogenen Leidens auch noch als vollberechtigte Mitglieder betrachtet werden können, wird beschloffen, daß vom Militär entlassene Kollegen event. ein Gesundheitsattest einzureichen haben. Betreffs der weitem Mitgliedschaft der Kollegen, welche vom Militär als Halb- oder Ganz-Invalide entlassen werden, haben die Funktionäre unter Beifügung eines bezirksärztlichen Gesundheitsattestes sich vor Annahme von Beiträgen mit dem Zentralvorstand in Verbindung zu setzen.

10. Besprechung über die seitens des Verbandes gewährten Darlehen. Gelegentlich dieser Besprechung weist Eißler auf die überaus rege Verhängung des Solidaritätsgefühls seitens der Kollegenfreunde aller Orte Deutschlands hin, dabei sein Bedauern auszusprechen, daß trotzdem in einzelnen anderen Arbeiterkreisen keine Gelegenheit vorübergelassen wird, als Raub dafür den Buchdruckern eine wenig den Thatfachen entsprechende Cuiitung auszustellen. So hat auch nach dem Hamburger Hafenarbeiterstreik — wie uns authentisch mitgeteilt wurde — der Delegierte der Hamburger Hafenarbeiter zum Londoner Kongress in einer Delegierten-Versammlung der Hamburger Gewerkschaften die Nachricht verbreitet, daß, wie ihm in London mitgeteilt worden, der Hafenarbeiterausstand nur deshalb so geringe Unterstützung bei den englischen Arbeitern gefunden, weil die Buchdrucker i. Z. die aus England erhaltenen Darlehen nicht zurückgezahlt hätten. Man scheint also die Buchdrucker für den unglücklichen Ausgang des Hafenarbeiterstreiks verantwortlich machen zu wollen! Daß derartige Behauptungen, selbst ohne jeden beweiskräftigen Anhalt, den Buchdruckern gegenüber sofort gläubiger Aufnahme fähig sind, ist selbstverständlich. Demgegenüber diene folgendes zur Aufklärung: Erst im Laufe des Jahres 1894 erhielt der Zentralvorstand durch den damaligen Londoner Gewerkschaftssekretär Shipton davon Kenntnis, daß unter den uns beim Streik gesandten Geldern sich einige kleinere Darlehen befänden, betreffs deren Rückzahlung die Geber sich an uns wenden würden. Der Vorstand antwortete umgehend und erwiderte den Gewerkschaftssekretär, da uns die Adressen der Darlehensgeber nicht bekannt, denselben mitzuteilen, sich direkt an uns zu wenden, da wir bereit seien, die uns zur Kenntnis gelangenden Verpflichtungen sofort zu erfüllen. Dies ist auch geschehen und verschiedene Schreiben aus England stehen zur Verfügung, in denen den deutschen Buchdruckern Anerkennung für die prompte Erfüllung der eingegangenen Verpflichtungen und gleichzeitig die Versicherung ausgesprochen wird, daß dieselben auch bei künftigen Anlässen der Sympathie in Wort und That sich verpflichtet halten könnten. Dies der Thatbestand! Aus Anlaß der in Hamburg gefallenen Äußerung hat sich der Vorstand an den Londoner Gewerkschaftsrat um Aufklärung gewandt und ist hierauf folgende Antwort von dem gegenwärtigen Gewerkschaftssekretär Macdonald eingegangen:

„Ihr Schreiben vom 26. März 1897 wurde mir durch die „Londoner Typographia“ zugestellt und in Beantwortung Ihrer Anfrage betreffs des von einem Vertreter der Hafenarbeiter verbreiteten Gerüchtes, nämlich: daß die englischen Arbeiter eine Unterstützung des Hamburger Streiks abgelehnt hätten, weil die deutschen Buchdrucker die ihnen i. Z. gewährten Darlehen nicht zurückgezahlt hätten, habe ich folgendes zu erklären: Ich habe Ihren Brief der Versammlung der Delegierten zum Londoner Gewerkschaftskongress vorgelegt und bin instruiert worden zu erklären: daß von den Londoner Arbeitern, soweit uns hier bekannt ist, niemals eine so dumme Behauptung aufgestellt worden ist; daß wir, soweit es in unseren Kräften stand, den Streik der Hamburger Hafenarbeiter unterstützten, ferner, daß wir vollständig befriedigt sind mit der Handlungsweise der deutschen Buchdrucker und der Art, wie jede so prompt die Gelder zurückerstattet haben. Ich hoffe, daß dieser Brief Sie in den Stand setzen wird und Sie Ihren Einfluß geltend machen werden, um die thörichte, wenn nicht böswillige Behauptung zu widerlegen, eine Behauptung, die ohne Zweifel von jemandem herrührt, der kein Freund der Arbeiterfrage ist.“

Aus Vorstehendem ergibt sich, wie gewaltig mitunter Arbeitervertreter ihrer Antipathie gegen die Buchdrucker Ausdruck geben. Ohne den geringsten Beweis werden Nachrichten gegen eine Organisation verbreitet, die, wie keine andre, das Solidaritätsgefühl nicht mit Phrasen, sondern mit der That genügt. Einer solchen wissenschaftlichen Herabsetzung der Organisation gegenüber sehe er sich veranlaßt, diese Darstellung der Sachlage zu geben. — Sämtliche Redner sprechen sich gegen die fortgesetzten unqualifizierten Angriffe der Buchdrucker gerichteten Angriffe aus und verwahren sich aufs Schärfste gegen die böswilligen, wider besseres Wissen erfolgten Verleumdungen. — Die Maßnahmen des Vorstandes in betreff der gewährten Darlehen finden hernach die einhellige Zustimmung seitens der Vertreter.

11. Entwurf für den Widerstandsfonds. Hierzu nimmt der internationale Sekretär Siebenmann-Bern das Wort und führte u. a. aus: Nach den trübten Erfahrungen, welche er gelegentlich des Streiks in Italien mit Zusammenbringen der Gelder gemacht, wäre er in seiner Annahme bestärkt worden, daß die Gründung einer Widerstandskasse unbedingt nötig ist. Er gibt zu, daß der erste Entwurf, welcher dem internationalen Kongresse zur Beratung vorgelegen habe, revisionsbedürftig

gewesen sei, insoweit habe er sich jetzt nach der Ablehnung der internationalen Widerstandskasse seitens des Verbandes der Deutschen Buchdrucker an eine Umarbeitung des Entwurfs gemacht — welche bisher noch keinem Verband, auch der Aufrichtskommission noch nicht, vorgelegen und, gehe der deutsche Verband nicht darauf ein, auch keinem andern Vereine vorgelegt werden würde — und in derselben mehr die deutschen Verhältnisse berücksichtigen, da eine solche Kasse ohne die Zugehörigkeit des deutschen Verbandes keinen Erfolg haben könne. Redner geht nun auf den neuen Entwurf des nähern ein und führt aus, es handle sich für ihn hauptsächlich darum, daß ein bestimmter Fonds vorhanden sei, aus welchem er für die ersten Wochen die Unterstützung zahlen könne. Er habe angenommen, daß jeder dem internationalen Sekretariat angehörende Verband für jedes seiner Mitglieder einen einmaligen festen Beitrag von 7 Cts. in den Widerstandsfonds zu zahlen habe. Redner bemerkt dabei auf Anfrage, daß er vom Zentral-Komitee des Schweizerischen Typographenbundes angewiesen worden sei, den deutschen Verband mit 22000 Mitgliedern in Anrechnung zu bringen; er habe jedoch nur 21500 in Ansatz gebracht — es würde dann eine Summe von 30000 Fr. zusammenkommen (der Verband der Deutschen Buchdrucker hätte also auch bei der vorgeschlagenen Einrichtung über 15000 Fr., d. h. mehr als die Hälfte, zu tragen. Anmerk. des Schriftf.), welche zu obengenanntem Zwecke zur Verfügung stände. Sollten jedoch infolge einer größeren Arbeitseinstellung die vorhandenen Mittel zur Unterstützung der Streikenden nicht genügen, so könne durch das Sekretariat ein außerordentlicher wöchentlicher Beitrag bis zur Maximalhöhe von 50 Cts. von jedem Mitglied erhoben werden; ferner sind die aus dem Fonds verwendeten Summen nach Schluß der Arbeitseinstellung durch eine einmalige, alle Mitglieder gleich belastende Steuer in kürzester Frist zu decken, um den Fonds wieder auf die Höhe von 30000 Fr. zu bringen. Die Unterstützung aus dem Fonds beginnt erst 14 Tage nach Ausbruch der Arbeitseinstellung und beträgt — bei einer Dauer von höchstens acht Wochen — pro Tag 1 Fr., doch ist es den nationalen Verbänden freigestellt, diese Unterstützung aus eignen Mitteln zu erhöhen. Diejenigen Verbände, welche in einen Disziplinistreik eintreten wollen, haben gegenüber dem Sekretariate den Nachweis zu führen, daß sie genügend Mittel besitzen, um die Unterstützung für 14 Tage aus der eignen Kasse decken zu können (hierdurch soll erreicht werden, daß die rückständigen Verbände zur Annullierung eines — wenn auch nur kleinen — Fonds angehalten werden), auch haben solche Verbände sich mindestens zwei Monate vor Ausbruch einer Arbeitseinstellung mit dem Sekretariat unter detaillierter Klarlegung der Gründe, der Zahl der voraussichtlich in Betracht kommenden Orte, Firmen, Gehilfen usw., in Verbindung zu setzen, damit das Sekretariat unter den beteiligten Verbänden eine Abstimmung über die Zulassung des Vorgehens vornehmen kann. Stüb zwei Drittel der Verbände mit der Bewegung einverstanden, so ist die Unterstützung des Sekretariats zu gewähren; käme aber eine gemeinsame Verständigung nicht zu stande, so ist der betr. Verband zu eruchen, von der geplanten Bewegung Abstand zu nehmen; geht er aber trotzdem vor, so hat er auch die Folgen selbst zu tragen, d. h. er erhält keine Unterstützung; bei Ausperrungen oder Abwehrstreiks käme vorstehendes jedoch nicht in Anwendung. — Dies seien die Hauptmomente, welche er in dem neu ausgearbeiteten „Entwurf“ eines Widerstandsfonds“ niedergelegt habe, und bitte er nun die Vertreter, diesem Entwurf — welcher ja in einzelnen Punkten noch abgeändert werden könne — wohlwollend gegenüber zu treten. Der deutsche Verband habe ja bisher immer allen Kollegen, welche sich im Kampfe befanden, treu zur Seite gestanden und diese mit Geldmitteln unterstützt — und wie er heute hier gesehen, geschähe dies seitens des Verbandes auch gegenüber dem im Streik befindlichen Arbeitern anderer Verufe — um so mehr hoffe er, daß der deutsche Verband dem Entwurf zustimmen wird, um dadurch herbeizuführen, daß einige noch sehr rückständige romanische Vereine, welche auf die Hilfe der großen Verbände angewiesen sind, in ihrem Streben nach Verbesserung ihrer Lage vorwärts gebracht werden. Einen definitiven Beschluß hierüber erwarte er heute noch nicht, doch wünsche er, daß der Zentralvorstand in Gemeinschaft mit den Gauvorständen dieser Frage näher trete und sich mit der Gründung eines Widerstandsfonds nochmals beschäftige. — In der sich hier anschließenden Debatte nehmen mehrere Redner gegen die Gründung eines solchen Widerstandsfonds Stellung, denn dadurch würde nicht das erreicht, was das internationale Sekretariat wünscht, nämlich, daß die rückständigen romanischen Verbände dadurch in ihrem Vorwärtstommen unterstützt werden; eher würde das Gegenteil eintreten, denn die betreffenden Verbände würden sich eventuell dann sagen, daß sie nach Gründung des internationalen Widerstandsfonds die Annullierung von größeren nationalen Fonds gar nicht mehr nötig hätten, da ja bei Ausbruch eines Streiks nach 14 Tagen doch die Allgemeinheit der Buchdrucker für sie einzutreten habe. Die jetzt vorhandene Interesslosigkeit der Mitglieder dieser Verbände an dem Ausbau ihrer Organisation würde daher durch diesen internationalen Widerstandsfonds nicht nur nicht beseitigt, sondern vielmehr erst recht hervorgerufen. Es wird hierbei an ein vor mehreren Jahren passiertes Vorkommnis erinnert, wo auch ein zum internationalen Sekretariate gehörender

Bereit in einen größeren Streik eintrat, ohne nur annähernd die Mittel für die erste Wochenunterstützung vorrätig zu haben und einfach darauf verwies, daß er ja zum internationalen Sekretariate gehöre und daher die Allgemeinheit der Buchdrucker die etwa nötigen Mittel zur Durchführung des Streiks aufzubringen habe. Des weitern wird erwähnt die Haltung der Schweizerischen Buchdruckerorgane sowie der lehrerfeindliche Jahresbericht des Schweizerischen Typographenbundes, in welchem seitens des Zentralkomitees bei Besprechung der ablehnenden Haltung des Verbandes der deutschen Buchdrucker gegen die Widerstandskasse demselben Egoismus vorgeworfen wird. Nicht bei uns liege der Egoismus — denn wir sind nicht aus materiellen, sondern aus praktischen Gründen gegen diese Kasse gewesen — sondern bei dem Schweizerischen Typographenbunde, welcher den mehrmals gestellten Antrag auf Abschluß der Gegenseitigkeit in der Arbeitslosenunterstützung vor einigen Jahren mit der Motivierung ablehnte, „daß durch die Ausdehnung der Gegenseitigkeit auf diesen Unterstützungszweig eine zu große Belastung der Kasse des Schweizerischen Vereines eintreten würde“ und die Erledigung des neuerlich (vor 6 Monaten) wiederholten Antrages auf die lange Bank schiebt. Als der französische Verband — mangels von Solidarität und weil ihm die Beiträge zu hoch — von dem internationalen Sekretariate zurücktrat (wie der Sekretär bemerkte, würde Frankreich sich wohl wieder anschließen, wenn es in dem Sekretariat eine finanzielle Stütze erblicke), sandten dieselben Organe derartige beschimpfende Äußerungen nicht, gegenüber dem deutschen Verband ist aber, wie es scheint, alles gestattet. Auch hierin müsse eine Wandlung eintreten, sollten nicht die internationalen Beziehungen darunter leiden. Ferner wird moniert, daß das Zentralkomitee des Schweizerischen Typographenbundes sich erlaubt, den Sekretär „anzuwiesen“ was er zu thun hat und in einzelnen Fällen demselben „Direktiven“ zu geben. Dies sei nicht Sache des Zentralkomitees, sondern der Aufsichtskommission. Das Zentralkomitee des Schweizerischen Typographenbundes habe nur die Rechte, welche auch den anderen zum internationalen Sekretariate gehörenden Verbänden zustehe, nicht mehr. — Es liegen zwei Anträge vor: 1. Den „Entwurf für den Widerstandsfonds“ den Gauvorständen zu überweisen, welche sich damit zu beschäftigen und ihre Stellungnahme der nächsten Generalversammlung zu unterbreiten haben; 2. den Entwurf den Gauvorständen als Material zur Beratung und Stellungnahme zu übergeben, welche im Einverständnis mit dem Zentralvorstande hierüber Beschluß zu fassen haben. — Für den ersten Antrag wird ausgeführt, daß bereits die vorige Generalversammlung sich mit der Frage bezieht. Errichtung einer Widerstandskasse beschäftigt und einen ablehnenden Standpunkt entnommen habe, die Beratung dieses Entwurfs gehöre also vor dasselbe Forum, dahingegen wird bemerkt, daß die Generalversammlung sich wohl damit beschäftigt, jedoch dem Zentralvorstande freie Hand gelassen habe, ob nach Lage der Verhältnisse ein Eingehen auf das Projekt angebracht sei oder nicht. — Hiernach wird der zweite Antrag angenommen.

Da bei der vorhergehenden Besprechung auch der Wunsch nach einem baldigen Abschluß der Gegenseitigkeit in der Arbeitslosen-Unterstützung zwischen dem Schweizerischen Typographenbund und dem Verbande der Deutschen Buchdrucker ausgesprochen ist, erwähnt der internationale Sekretär Siebenmann noch, daß dem Zentralkomitee durch verschiedene Umstände, wie durch den Hauskauf in Basel, durch die Arbeiten für die Generalversammlung usw., die Zeit zum Eingehen auf diese Sache gefehlt habe; doch sei bereits mit der romanischen Schweiz die Gegenseitigkeit in der Arbeitslosen-Unterstützung abgeschlossen, mit dem österreichischen Verbande stehe das Zentralkomitee bereits in Verhandlung und würde jetzt nach der Generalversammlung des Typographenbundes auch dem Abschluß mit dem deutschen Verbande näher getreten werden. — Betr. der Angriffe der Schweizer Buchdruckerorgane gegen den Verband bemerkt er, daß das Zentralkomitee keine Einwirkung auf die Redaktion der Helv. Typ. habe; die in dem Organe der romanischen Schweiz erfolgten Angriffe seien nicht von der Redaktion, sondern von einzelnen Mitarbeitern, welche die Aufnahme der Artikel verlangten und mit ihren Namen bedekten.

Unter Verschiedenes bringt der Vorsitzende seine Mitgliedschaft beim Vereine für Sozialpolitik zur Sprache, die ja auch von bekannter Seite wiederholt als Angriffsobjekt benutzt wurde. Sein Beitritt zu dem genannten Vereine sei aus taktischen Gründen erfolgt, als letzterer sich auf seiner Generalversammlung mit der gewerkschaftlichen Organisation und speziell der der Buchdrucker beschäftigte. Redner gibt ein kurzes Bild seiner Tätigkeit im Ausschusse des Vereines, in den er berufen sei, und ersucht die Vertreter, sich offen auszusprechen, ob sie in dieser Betätigung ein Kolbieren mit seiner Stellung im Verband erbilden. — Die Konferenz spricht sich einstimmig dahin aus, daß sie die entwickelte Tätigkeit im Vereine für Sozialpolitik als nur dem Interesse der Arbeiter dienend erachten könne und hält es für wünschenswert, daß Kollege Döblin auch ferner in dem genannten Vereine in bisheriger Weise weiter wirkt, denn es sei nötig, daß unter den Männern der Theorie auch ein Mann der Praxis stehe.

Mit Worten des Dankes für die rege Betätigung der Gauvorsteher und Gehilfenvertreter an den wichtigen und anstrengenden Beratungen verbindet der Vorsitzende

seine Befriedigung über die zum Ausdruck gebrachte Einmütigkeit in den wichtigsten Verbandsfragen; er bezeichnet die stattgehabte Aussprache um so wertvoller, als sie den Beweis erbracht habe, daß unter den verantwortlichen Verbandsfunktionären auch hinsichtlich der ferner einzuschlagenden Wege eine Meinungsverschiedenheit nicht bestehe und schließt mit dem Wunsch auf ferneres einiges Zusammenwirken der Konferenz um 1/211 Uhr nachts.

Der Verfasser des Protokolls wird uns nicht böse sein, wenn wir am Schlusse desselben im Namen aller beteiligten Gäste dem aufrichtigen und lebhaften Dank Ausdruck geben, welchen der am Vorabend der Beratungen veranstaltete Herrenkommers im reichsten Maße verdient. Was leider in diesen Tagen so vielfach untergraben wird: echte, herzzerstreichende Kollegialität, weitestente hier in freundschaftlichster Weise in dem Bestreben, den Gästen die wenigen fröhlichen Stunden zu solchen unergiebiger Natur zu machen, und das ist der Berliner Gastfreundschaft aufs glänzendste gelungen. Das geschicht und „sinnreich“ zusammengestellte Programm wirkte denn auch wie eine Bombe, wozu besonders die dichterischen Einleitungen des Kollegen Massini beitrugen, der an diesem Abend allen toten und lebenden Dichtern Nachgesprochen zu haben schien.

Allgemein wurde hierbei die von einem oligarchischen Billopphen (?) ausgeleitete These als richtig erkannt, daß die veränderte Lage von Reichen im Grabe nicht auf ein Lebendigebragden zurückzuführen ist. Die „Typographia“, das „Berliner III. Erio“ (Kollegen Lohmann, Fröse und Schauer) wie die Schauspieltruppe leisteten Großartiges. Wenn vielleicht beim Lesen dieser Stellen mancher Bessmiffit ausruft: Wir brauchen nicht zu lesen, wie die Herren in Berlin sich amüsiert haben, so handelt es sich gar nicht darum, sondern um die durch derartige gesellige Darbietungen rückwirkenden günstigen Einflüsse auf das kollegiale Leben überhaupt. Die von den Kollegen J. K. Moehle und M. Goelfert gedichteten Chorlieder wurden von den Anwesenden mit viel Begeisterung gesungen, während der „Rauschreifer“, große Posse mit Gesang, Tanz und verschiedenen Konditions- und sonstigen Scherereien, mit seinem unermühtigen Humor und Witz und seiner unübertrefflichen Darstellung wahre Lachsalven und wiederholte Beifallsstürme hervorrief. Dem Dichter, Kollegen K. R., ist es mit seinem „Rauschreifer“ gelungen, ein lebensvolles Bild aus unserm Berufsleben zu schaffen, von dem zu wünschen ist, daß es überall in Kollegenkreisen sich die Bretter, die die Welt bedeuten, erobert. Was die szenische Darstellung angeht, war es wohl das Beste, was geleistet werden kann, wie wir dies seitens des Rauschreifers Fuchs und der Typographinnen vom Letzereverein (Fräulein Flora Piepfiengel, Julia Eierliste und Aurora Waldschnepe) mit großer Befriedigung konstatieren können. Vergessen sollen nicht die eingetragenen zeitgemäßen und in ihrer Wirkung durchschlagenden Couplets sein. Es war alles in allem ein unvergesslicher Abend und sei hierfür den Berliner Kollegen und den Mitwirkenden nochmals herzlich gedankt.

## Korrespondenzen.

**Bremen.** In Nr. 59 des Corr. beschriftet sich Kollege A. W. über Mangel an Objektivität seitens des Berichterstatters der in Bremen abgehaltenen allgemeinen Buchdrucker-Versammlung, in welcher über den gemeinsamen Arbeitsnachweis und über die Errichtung eines Tarifschiedsgerichtes in Bremen beraten und beschloffen wurde. Wenn ich nun auch nicht der Schreiber jenes Berichtes war, so halte ich mich doch für verpflichtet, nachdem Kollege A. W. meine Person in die Polemik hineingezogen hat, nachzuweisen, daß gerade Kollege A. W. jede Objektivität in seinem Ergulie vermissen läßt. Zunächst sei festgestellt, daß Kollege A. W., nachdem er die Verlesung einiger Schreiben in der betreffenden Versammlung beendet hatte, ausdrücklich erklärt hat: „Sie sehen hieraus, daß die Herren Prinzipale keinen Wert auf die Errichtung eines gemeinsamen Arbeitsnachweises und Schiedsgerichtes legen usw.“ Dasselbe wiederholte Kollege A. W. auch in seinem Schlussworte zur Begründung seines Antrages, der dahin ging, daß für die Bremer Gehilfen diese Frage erledigt sei. Wenn obiges nicht richtig wäre, wie kam es denn dann, daß andere Redner ausdrücklich erklärten, daß wir bei den Prinzipalen nicht betreten wollten. Ich nahm allerdings diesem Standpunkte gegenüber die Stellung ein, daß wir durchaus nicht als Bettler den Prinzipalen gegenüberstünden, sondern daß wir einfach etwas fordern was uns der Tarif zugesprochen hat und stellte einen diesbezüglichen Antrag, dem die Versammlung denn auch zustimmte. Weiter läßt Kollege A. W. durchblicken, als hätte ich gegen die Annahme des hiesigen Arbeitsnachweises des Bezirksvereines beim Tarif-Ausschusse Stellung genommen. Ich bekämpfte den Antrag des Kollegen A. W. nur, weil es überflüssig sei, etwas zweimal zu beschließen, und verlas dann aus dem Corr. Nr. 144 vom vor. Jahre den in der Bezirksversammlung am 6. Dezember 1896 von mir gestellten und von der Versammlung angenommenen Antrag, welcher lautet: „Die heutige Bezirksversammlung beschließt, den hiesigen Arbeitsnachweis, der sich in den Händen des hiesigen Retfallverwalters befindet, als noch zu Recht bestehen zu lassen und dem § 48 des Tarifs zu unterstellen, und beauftragt den Bezirksvorstand, Schritte

zu unternehmen, um einen unter gleichmäßiger Kontrolle der Gehilfen wie Prinzipale stehenden Arbeitsnachweis für Bremen zu errichten.“ Dieser Beschluß der Bezirksversammlung wurde jedoch vom Bezirksvorstande bis zur obengenannten Versammlung nicht ausgeführt, was ich lebhaft gerügt habe. Der Vorstand hat dann erklärt, daß er dies nun sofort nachholen werde, und inzwischen hat er denn auch die Zusage eingelöst. Zum Schlusse möchte ich dem Kollegen A. W. den Rat geben, wenn er sich vielleicht noch im Unklaren über die Führung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises ist, die vom Tarif-Ausschusse geschaffenen Bestimmungen, die im Corr. voriges Jahr abgedruckt worden sind, durchzusehen, dann wird er finden, daß hierüber „vielerorts“ Klarheit über die Führung eines gemeinschaftlichen Arbeitsnachweises herrschen muß. A. Rosenlehner.

**S. Dresden.** Am 25. Mai abends fand hier selbst im großen Saale des Trianon eine von etwa 400 Buchdruckern besuchte allgemeine Versammlung statt, zu welcher auch die Mitglieder des hiesigen Gewerkschaftsartikels eingeladen waren. Der 1. Punkt der Tagesordnung lautete: „Die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker und die Gewerkschaftsartikelle.“ Referent war Kollege Döblin-Berlin. Er führte u. a. aus: Der Corr schrieb vor einiger Zeit, wenn in einer Buchdrucker-Versammlung ein astronomischer Vortrag zur Debatte stehe, so pflegt er mit einer Diskussion über die Tarifgemeinschaft zu enden; das Thema würde an den Haaren herbeigezogen und ein großer Humbug mit demselben getrieben. „Erwarten Sie nun nicht von mir, daß ich mich bei meinen Ausführungen in Schlagwörtern ergehe oder Phrasologie mache. Viele von Ihnen kennen mich ja schon seit Jahren; ich werde klar und sachlich an meine Aufgabe herantreten.“ Redner legte seinen Vortrag in die Fragen, ob die Tarifgemeinschaft im Interesse der Arbeiter liege, und ob die Buchdrucker noch würdig seien, als auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend betrachtet zu werden. Der Redner schickte im Hinblick auf die Anwesenheit der Vertreter anderer Branchen einen Streifzug auf die heutige allgemeine Gewerkschaftsbewegung voraus, um zu zeigen, daß und woran dieselbe franke; er war dabei der Meinung, daß viel daran die Verwirrung schuld sei, die in die Massen hineingetragen wurde. Er verkenne nicht, daß die politische und gewerkschaftliche Bewegung zusammengehöre, aber unsere Vereinigungslage lasse das nicht zu, man dürfe das Politische nicht verquickeln mit der Gewerkschaftsbewegung. Vieles würde heute auf die englischen Gewerkschaften verwiesen und dabei vergessen mit anzuführen, daß der englische Arbeiter bei der Bekämpfung des Kapitalismus sich auf den praktischen Boden gestellt habe, indem er sich Unterstützungskassen geschaffen. Wenn man bei uns heute in eine Bewegung eintrete, so frage man sich, welche Form der Organisation die beste sei. Die Antwort laute vielfach: die Lokalorganisations. Bedauerlich sei es, daß gerade diejenigen Leute, die immer sagen: Proletariat aller Länder vereinigt euch, kein Meer, keine Grenzpfähle trennen uns, in ihren eignen Gewerkschaftsversammlungen wegen ganz unwesentlicher Punkte nicht eintig werden könnten. Redner streifte den jüngst stattgefundenen Kongreß der Lokalorganisations und hob aus der Debatte über die Arbeitslosenunterstützung die Aeußerung hervor, daß die Arbeitslosenunterstützung nur Parasiten bilde. Redner meinte dazu, daß das wohl auch ein Stüchden Sozialpolitik sei, wenn man den, der da hungert, mit dem Ausdrucke Parasit bezeichne. Unter dem Welscher der Versammlung teilte der Referent mit, daß es auf demselben Kongresse hieß: Banderunterstützung sei zu verwerfen, weil in Solingen niemand abreist. Redner fuhr fort: Er habe das nur gesagt, um zu zeigen, woran die Gewerkschaftsbewegung franke. Der frühere Corr.-Redakteur schreibe bezüglich der Unterhandlungen mit den Prinzipalen: Das Verbindende, nicht das Trennende suchen wir; fern bleibe jede Demütigung hüben wie drüben. Er ging so weit, daß nicht nur die Zentralkommission, sondern die Kollegen an den einzelnen Orten mit den Prinzipalen in Verbindung treten sollten. Redner beleuchtete hierauf die bekannte Resolution des Leipziger Gewerkschaftsartikels und fuhr fort: Die Durchsetzung einer Lohnhöhung, die Durchbrechung des Prinzips der zehnstündigen Arbeitszeit gehöre also heute nicht mehr zur modernen Arbeiterbewegung. Wir Buchdrucker hätten unsre Einigkeit geschaffen durch die zentrale Verbindung, wir wollten die Einigkeit aufrecht erhalten, um nicht die Konkurrenz im eignen Lager zu pflegen. Wir nähmen für uns in Anspruch, unsre Lage am besten beurteilen zu können, weil wir unsere Verhältnisse an unserm eignen Leibe verspürten. Nicht wie z. B. bei den Bauarbeitern mit so kurzer und lokaler Bedeutung würde bei uns ein Tarif geschaffen, sondern die Eigenartigkeit unsers Berufes bringe es mit sich, bestimmtere Formen aufzustellen. Unser Kollege trete mit dem Tarif in der Hand an den Prinzipal heran, das und das habe er zu fordern; das habe das Selbstbewußtsein. Den alten Kollegen Winne man nicht zumuten, mit den Prinzipalen wie Hund und Kage zu leben, würde aber von den Kollegen etwas Unbilliges verlangt, dann stehe der Schutz der Organisation hinter ihnen. Der Tarif als solcher sei ein moralisches Zwangsmittel. Der Wert desselben mache sich auch fühlbar durch die Verhältnisskala. Es gäbe keinen zweiten Versuch, wo der Unternehmer sich mit hineintreiben lasse, wie viel Lehrlinge er zu halten habe. Wir hätten gesehen, wie nach dem verlorenen Streik die Lehrlinge überhand

nahmen und wie dadurch gewissermaßen Rache von den Unternehmern geübt wurde. Die Streiks wären früher eine große Waffe in den Händen der Arbeiter gewesen, aber seitdem die Unternehmer so gute Organisationen hätten, sei das anders geworden. Durch den Tarif würde die Schmutzkonkurrenz eingedämmt, die stets auf Kosten der Arbeiter betrieben würde. Dann entrüste man sich über die durch den Tarif geschaffenen Schiedsgerichte, es sei doch aber sehr einfach, daß die Schiedsgerichtsprechung am besten von den eigenen Berufsgenossen ausfallen werden. 99 Proz. seien z. B. bei uns zu Gunsten der Kollegen aus. Daß das Tarif Amt für die Gehilfen ein Schaden sein soll, dieser Ansicht sei Referent nicht, dagegen sei es eine praktische, wertvolle Frage, ob wir bei der Verallgemeinerung des Tarifs die Unterstützung eines Teiles der Prinzipale haben, der jegige Tarif ist denn auch durch das getreffene Ueberetkommen weit mehr eingeführt als dies früher der Fall war, die Tarifseinführung unsererseits ist eine leichtere gewesen. Daß noch viel zu thun ist, wissen wir, aber man soll uns sagen, wie es besser gemacht wird. Zur Distretionierung unserer Sache tragen viel unsere eignen Kollegen bei; wenn sie reaktionell oder sei es auch nur als Seper in Parteigeschäften thätig sind, dann entdecken sie ein sehr zielbewußtes Herz. Die Parteiredakteure aus anderen Berufsständen reißen ihre Organisationen nicht herunter. Gash sage in seiner Broschüre: Mit Geld- und Gefängnisstrafen wollen man ihn nicht schlagen. Ein Mann, der den gemeinsten Vorwurf erbeide — Verrat, acht Jahre dienbar der Polizei — und vor Gericht zusammenknüden erklärt, daß er etwas andres gemeint habe (was er aber auch nicht aufrecht erhalten konnte), zeige damit, was alles mit zu dem Nut eines solchen modernen zielbewußten Arbeiters gehöre. Hierauf ging Kollege Döblin auf die wesentlichsten Punkte des Appells des Herrn Gash an die Gewerkschaften ein und erläuterte und widerlegte die auf Unkenntnis, vielleicht auch Unfähigkeit spekulierenden Bornesprodukte. Die Demokratie wolle Herr Gash in unsere Organisation einführen und wie tere er sich zu derselben? Zur Generalversammlung stehe er die Delegierten telegraphisch auf; in einer Hamburger Korrespondenz hieß es: schafft die Urabstimmung ab. Alles werde heruntergerissen: als vom Arbeitsnachweis in Berlin zwanzig Kollegen, auch zum Teil aus der Provinz, untergebracht worden seien, da war die Entrüstung groß, und vorher, als niemand untergebracht worden war, sei man ebenfalls entrüstet gewesen. Es könne gemacht werden wie es wolle, alles bleibe Gemeinheit, aber wie es besser zu machen sei, werde nicht gesagt. Die Marburger Kollegen schrieben in dem Jahresberichte des Bundes Frankfurt-Hessen: Wir unterstützen die B.-W. mit Geld, aber mit der Sache wollen wir uns nicht identifizieren. (Selterkeit.) Wir Buchdrucker können uns nur sagen, daß wir von dem Standpunkt ausgegangen sind, dem gesamten Arbeiterstande zu dienen, aber auch unsere Interessen zu vertreten. Lernen wir aus dem verlorenen Streik. Welche Vorteile bestehen heute noch von dem Konfektionsarbeiterstreik, dessen Berechtigung in allen Kreisen anerkannt wurde? Ueber die Aufgaben der Gewerkschaftskartelle äußerte Redner sich dahin, daß dieselben die Massen zusammenzuführen und nicht zu zersplittern hätten. Leipzig müsse gewöhnlich seinen besondern Standpunkt einnehmen, das sehe man auch in der politischen Bewegung; man glaube dann „modern“ zu sein. Politisch würde der Gewerkschaft nicht werden, sonst letere man ihn der Polizei ans Messer und das sei Vernichtung des Gewerkschafts. (Sehr richtig.) Der Vorwärts schrieb bezüglich der Schuhmacherbewegung: Wir halten die Arbeiter für verpflichtet, alle Mittel zu ergreifen, um ohne Kampf Vorteile zu erzielen. Redner gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Buchdrucker die Pioniere der Arbeiter sind und bleiben. Wir scheuen den Kampf nicht, aber kämpfen, um zu kämpfen, das thun wir nicht. Politisch möge sich jeder betätigen und das werde jeder thun, der seine Lage begriffen hat; gewerkschaftlich werden wir uns auf den praktischen Standpunkt stellen. (Lebhafter, anhaltender Beifall.) In der nun folgenden Debatte verteidigte Kollege Riem die Tarifgemeinschaftsgegner und meinte: Die leitenden Personen standen nach dem Streik auf dem Standpunkte, daß die Tarifgemeinschaft fallen zu lassen sei, während man sie heute wieder empfehle. Der Vorteil der verkürzten Arbeitszeit um eine halbe Stunde falle wieder weg durch pünktliches Anfangen. Die Tarifgemeinschaft an sich brauche man nicht zu verwerten, nur hätten die Buchdrucker diese nicht nötig gehabt, da sie zu 50 bis 60 Proz. organisiert sind. Durch die vorgenommenen Ausschüsse, abgesehen von einem, sei viel Erbitterung geschaffen worden. Mit allem, was die B.-W. schreibe, brauche ein Tarifgemeinschaftsgegner nicht einverstanden zu sein, sie sei ein Privatunternehmen. Wir hätten die Prinzipale genugsam kennen gelernt und brauchten ihnen kein Vertrauen mehr entgegenzubringen; es gebe keine Harmonie zwischen Arbeiter und Unternehmer, sondern nur Gegensätze. Ein ungeheurer Schaden für die Gewerkschaftsbewegung seien die Einigungsämter, da wir vollständig verhindert seien loszuschlagen, wenn die Sepmaschinen kommen. In seiner Klage habe Herr Gash nicht richtig gehandelt, einen Vergleich sollte er nicht eingehen. Redner ist der Meinung, daß der Referent die Opposition durch die Schilderung der Vorzüge der Tarifgemeinschaft doch nicht aus der Welt geschafft habe. Bei dem nun folgenden Redner, Herrn Noack, brach die Versammlung in Unruhe

aus, sie gab damit offenbar zu erkennen, daß sie nicht gewillt war, einen Redner anzuhören, der nicht nur die leitenden Personen, sondern die gesamte Dresdener Kollegenchaft in unerhörter Weise beschimpft und sich dadurch die Achtung bis zum kleinsten Atome verschert hat. Erst durch die Mahnung des Vorsitzenden legte sich die Unruhe, die jedoch, durch die Ausführungen hervorgerufen, teils durch Beiterkeit, teils durch Zwischenrufe des Hörtens wieder entbrach. Seine Ausführungen deckten sich zum Teile mit denen seines Vorredners. Man müsse die Tarifgemeinschaft von der prinzipiellen Seite betrachten, mit der materiellen Seite sei er ganz einverstanden. Zur Beweisführung seiner Ansicht verlas Redner einige Stellen aus der Geschichte über die englischen Gewerkschaften von Webb. Ueber die Tarifgemeinschaft der Töpfer, Buchbinder, Stulleure usw. meinte Redner, das seien nur Tarifabmachungen, sie wären lokal abgeschlossen und das sei ein wesentlicher Unterschied. Der französische Beifall, der diesem Redner gesendet wurde, erregte den Born des Steinweggen Vlenide, weshalb er Veranlassung nahm, sich zur Geschäftsordnung zu melden. Metallarbeiter Haack wollte sich nicht in den häuslichen Streit einmischen, was die Versammlung mit einem „Bravo!“ anerkannte. Redner ergriff aber gleich darauf Partei für die Tarifgemeinschaftsgegner, obwohl er, wie er sagte, sich bisher keine Meinung habe bilden können wegen der großen Unruhe bei dem letzten Redner. Herr Döblin habe die Tarifgemeinschaft so hingestellt, als hätte er sagen wollen: Dies Kind, kein Engel ist so rein, laß es Deiner Huld empfohlen sein. (Gelächter. Rufe: Phra!) Die Buchdrucker sollten nicht egoistisch sein, sondern Rücksicht auf die Allgemeinheit nehmen. Daß die Buchdrucker nicht „zielbewußt“ wären, wollte Redner u. a. daran nachweisen, daß am Sonntag der Goutag in Meissen nicht in einem Partellokal abgehalten worden sei. Unsere Johannistfeste hielten wir ebenfalls nicht in Partellokalen ab. Die Versammlung war jedoch nicht gemillt, diese Einwürfe als gegen eine Tarifgemeinschaft sprechend anzunehmen, sie unterbrach den Redner durch Zwischenrufe, auch dann wieder, als er meinte: Wir (!) haben ein Interesse daran, ob Tarifgemeinschaftler zum Kartell zugelassen werden sollen. Von dem „alten Parteigenossen“ wollte jedoch auch dieser Redner nichts wissen. Kollege Steinbrück hob hervor, daß die Vertreter der anderen Branchen ihm gerade nicht imponiert hätten; sie wären nicht so neu in der Gewerkschaftsbewegung, als daß sie durch die Unruhe in der Bildung einer objektiven Meinung verhindert worden wären. Er habe die Wahrnehmung gemacht, daß die Kartellmitglieder schon mit bestimmter Meinung in unsere Versammlung gekommen seien. Es sei nicht wahr, daß die fünf Kollegen als Tarifgemeinschaftsgegner ausgeschlossen worden seien; da befänden sich noch viele Hunderte in unseren Reihen, denen kein Haar gekrümmt worden sei, sondern wegen Gründung der B.-W., die die Bekämpfung der Generalversammlungsbeschlüsse zu ihrem Programme mache. Die Metallarbeiter hätten nicht so viel Geduld als wir; die Metallarbeiter in Dresden-Neustadt hätten neulich den Ausschluß eines Mitgliedes beantragt, weil er gesagt habe, der Metallarbeiterverband sei eine antisemitische Vereinigung. Und warum mußte Herr Haack neulich in der Gambinusversammlung der Metallarbeiter gegen Herrn Reichardt, seinen Mitdelegierten zur Generalversammlung, den Ausschlußantrag stellen? Redner bestritt, daß nur den jungen Organisationen Tarife gehören und freute sich über den Standpunkt, den die Metallarbeitervertretung vertrete. Es sei vernünftig, wenn es dort heiße, daß man nicht mit radikalen Reden hausieren solle. Die Gewerkschaften brauchten sich keine Vorträge halten zu lassen über die Kulturfeindschaft des Militarismus oder über den Anarchistenprozeß Koschmann. Je mehr die Gewerkschaften sich entwickelten, desto mehr Arbeit hätten sie zu verrichten. Die Vertreter der anderen Branchen möchten sich äußern, ob sie es gut hießen, daß eine Opposition wie bei den Buchdruckern sich so organisiere, wie die zentrale Organisation zu zerstören. Hand in Hand mit dem Kongresse zu Pfingsten gehe der Kongress in Halle. Die Kollegen hätten die Freiheit, sich eine Organisation zu gründen, aber sie hätten nicht das Recht, die unsrige zu zerstören, da wehrten wir uns. (Beifall.) Hierauf wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, worüber sich mehrere Kartellmitglieder und einige Herren der sog. Opposition sehr erregten und wiederholt bestig lärmend und gestikulierend das Wort zur Geschäftsordnung verlangten. Einige Kartellmitglieder kritisierten in einer Geschäftsordnungsdebatte die Geschäftsführung, der Vorsitzende erwiderte, daß letztere bisher bei uns so üblich gewesen wäre. Steinweg Vlenide, der Vorsitzende des hiesigen Gewerkschaftskartells, forderte die anwesenden Mitglieder des letztern auf, mit ihm den Saal zu verlassen. In seinem Schlußworte verurteilte zunächst Kollege Döblin das Verhalten der Gewerkschaftsvertreter, die gekommen wären, wie sie selbst gesagt hätten, um sich zu informieren, aber von vornherein sich auf einen bestimmten Standpunkt gestellt hätten. Die Frage, ob unsere Vertreter zum Kartell zugelassen werden sollten, könnten die Vertreter beantworten wie sie es für gut hielten. Wir würden allein auch weiter kommen. Wer am Phrasendreschen keinen Geschmack habe, der müsse sich auf den praktischen Standpunkt stellen. Wer habe denn behauptet, es bestie zwischen Arbeit und Kapital eine Harmonie; schon wenn wir zum Kaufmann gingen,

berührten sich die Gegensätze, der Konsument wolle immer billiger kaufen, aber warum sollten denn beide Parteien sich fortgesetzt an der Gurgel liegen? Durch die Einführung des Tarifs werde die Sepmaschine aufgehoben. Aus dem verlorenen Streik hätten wir gelernt und um zu lernen genüge es einer. Die Vertreter in unseren eignen Reihen zu lassen, für so natv halten Sie uns doch wohl nicht. Wenn der Kongress so stande läme, würden wir unsere Maßnahmen danach treffen. (Bravo.) Redner sei der Ansicht, daß die sogenannte Opposition es nicht zugehen wolle, daß sie einen Fehler gemacht habe; er schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit der Mahnung, die Intelligenz, den gesunden Sinn siegen zu lassen und so der Allgemeinheit zu dienen. Der Töpfer Franz nahm das Wort zu einer persönlichen Bemerkung, mußte aber vom Vorsitzenden der Versammlung darauf aufmerksam gemacht werden, daß seine Ausführungen eine Distaktionsrede seien, die Distuktion aber durch den Schlußantrag geschlossen sei. Hierauf wurde folgende Resolution gegen 15 Stimmen angenommen: Die heutige allgemeine Buchdruckerversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Kollegen Döblin einverstanden, stellt sich auf den Boden der Tarifgemeinschaft und erwartet von den im Vereine Zentralkommission aller Branchen die Buchdrucker vertretenden Kollegen, daß sie in diesem Vereine die Anfechtungen des Leipziger Gewerkschaftskartells als ungerechtfertigt und die Interessen der gesamten Arbeiterschaft schädigend bezeichnen. — Zum Punkte Gewerkschaftliches erstattete unser Vertreter, Kollege Eichgrub, Bericht über das Gewerkschaftskartell. Bei den Ergänzungswahlen wurden die Kollegen Hoppe und Steinbrück als Vertreter, die Kollegen Joseph, Schaffrath und Stöße als Stellvertreter gewählt.

**Duisburg.** Nachdem schon seit längerer Zeit auch unter den hiesigen Maschinenmeistern der Bunich nach einer engeren Verbindung untereinander rege geworden ist, hat am Sonntag, den 30. Mai, eine Versprechung unter den Maschinenmeistern des Bezirks Duisburg stattgefunden. Sämtliche Anwesende sprachen sich für die Gründung eines Maschinenmeistervereins aus und erklärten ihren Beitritt. Wir richten nun an sämtliche Maschinenmeister im Bezirke, welche bis jetzt dem Vereine noch nicht beigetreten sind, das Ersuchen, sich uns baldmöglichst anzuschließen zu wollen und ihre Adresse an Kollegen August Kranz, Königstraße 32, II, gelangen zu lassen.

**Frankfurt a. M.** (Schriftstellersversammlung am 17. Mai im Lindenfels.) Der Vorsitzende Dorntz macht zunächst der Versammlung Mitteilung von der Abregulierung des Offenbacher Bezirksvorsitzers Schneider bei der Aktiengesellschaft für Schriftgießerei und Maschinenbau. Kollege Schneider habe anlässlich der letzten Schriftstellersversammlung sich lebhaft für die Interessen der Kollegen im Zeug gelegt und sei deshalb entlassen worden. Aus der Versammlung wird der Antrag gestellt und einstimmig angenommen, dem gemäßigten Kollegen 25 Mt. zu bewilligen. — Sodann berichtet unter Tarifangelegenheiten Kollege H. Bender über die neue Tarifberechnung bei der Firma Hlisch und erklärt, wenn auch nicht alle Wünsche erfüllt seien, so könne man doch im allgemeinen mit dem Ertragungen zufrieden sein, besonders treffe das letztere auf die Handwerker zu. Von den Fertigmachern werden einige tarifliche Fehler gerügt, welche, da sie irrftümlicher Natur seien, wohl zu Gunsten der Fertigmacher von der Firma beseitigt werden würden. — Von der Bauerschen Gießerei berichtet ein Kollege, daß die dortigen Komplettgießer einen ganz bedeutenden Erfolg zu verzeichnen hätten, ebenfalls wird von der Krebschen Gießerei berichtet, daß dort alles mit dem Resultat unserer Bewegung zufrieden sei. — Von der Ludwig & Wayer'schen Gießerei wird gemeldet, daß man auch hier mit dem ertzielten Erfolge zufrieden sein könnte, nur bei der Rubrik „Schmale und enge Schriften“ seien einige Positionen weggefallen. Nachdem dieser Bericht noch durch einige bei dieser Firma konditionierende Kollegen erweitert war, entstand eine endlose Debatte. Von den Fertigmachern wurde Klage geführt, daß einige Gießer stets das doppelte Quantum des auf dem Kommissionszettel angegebenen Gehlens, es würden dadurch alle an dieser Arbeit Beschäftigten geschädigt. Schließlich wurde in dieser Angelegenheit folgender Antrag eingebracht: „Die heutige Versammlung kommt nach Anhörung der Kollegen von Ludwig & Wayer betr. der über das angegebene Gewicht gegoffenen Quantums zu dem Schlusse, die betreffenden Kollegen aufzufordern, solches in Zukunft zu unterlassen um ihre Mitarbeiter durch solchen maßlosen Ueberguß nicht zu schädigen.“ Dieser Antrag wird einstimmig angenommen. — Die Kollegen bei Scheibe & Wöfler können noch kein klares Bild geben, weil dort nach dem neuen Tarife noch nicht berechnet wurde. Ueber die Tarifverhältnisse bei der Firma Stengel wird berichtet, daß auch hier vieles besser geworden sei. Es wird hierauf folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Schriftstellersversammlung erklärt nach Anhörung der Berichte aus den einzelnen Schriftstellersvereinen sich mit dem Resultate der letzten Bewegung einverstanden, doch soll es das Bestreben sein, einen Lokalfarif für Frankfurt in nicht all zu ferner Zeit zur Durchführung zu bringen, ferner erklärt die Versammlung, rege für den B. d. B. W. zu agitieren, um alle Kollegen demselben zuzuführen.“ Gauvorfischer C. Domine fordert die An-